

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 9

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Ist die kontinentale Linksdiktatur nur noch eine Zeitfrage?
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Ist die kontinentale Linksdiktatur nur noch eine Zeitfrage?

Von Alphonse Max

Lange Zeit hindurch war Lateinamerika der Schauplatz erraticcher Ereignisse und zufallsgeprägter politischer Entscheidungen gewesen. Das hat sich geändert. Heute laufen die Dinge zielgerichtet. Kommunistisch ausgerichtete Regimes in sämtlichen Ländern des Kontinents sind heute eine mittelfristige Möglichkeit geworden.

Chile hat in den letzten Wochen durch seine Aussenpolitik von sich reden gemacht. Der Kampfansage an die «Organisation amerikanischer Staaten» (OAS) durch Allende war am 6. April die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR vorausgegangen, wobei Bonn natürlich auf die Anwendung der ohnehin praktisch nicht mehr existierenden Hallstein-Doktrin verzichtete. In der Innenpolitik hat das Regime seine Position durch den Erfolg bei den Bezirkswahlen vom 4. April verstärkt. Allende hatte kurz zuvor Lohnerhöhungen von 30 bis 40 Prozent bei gleichzeitiger Preiseinfrierung verordnet. Aber womit bezahlen, das bleibt die Frage. Vorderhand hilft der schiere Glaube. Noch nehmen viele Leute an, dass die Erlassung von Dekreten die Zustände in einem Land über Nacht verbessern kann, oder zumindest, dass die Reichtümer, die sonst in die Taschen der «Oligarchen», «Ausbeuter» und «Imperialisten» wandern, durch Enteignungen und Nationalisierungen ihnen zugute kommen werden.

Wirtschaftlicher Raubbau in Chile

Die Folgen dieser katastrophalen Wirtschaftspolitik werden jedoch nicht auf sich warten lassen. Die Wirtschaftslage des Landes, die unter der Regierung der Christlich-Demokraten schon alles andere als glänzend war, verschlechtert sich ständig, nicht zuletzt wegen der Verstaatlichung von Industrieunternehmen und der Einsetzung von unzulänglich geschultem Fachpersonal.

Bukowskij

(Fortsetzung von Seite 9)

ten verbracht. Er hat kein Privatleben führen können; seine einzige Liebe ist die Freiheit des Landes. Ihr hat er seine besten Jahre hingegeben, und ihr hat er auch sein schriftstellerisches Werk gewidmet. Sein erster und bisher einziger Roman wurde, als er schon fast beendet war, bei einer Haussuchung vom KGB beschlagnahmt... So sind im Samisdat und in der ausländischen Zeitschrift «Grani» bisher lediglich ein paar kurze Erzählungen erschienen. Sie sind expressionistisch geschrieben und geben die Enttäuschung des jungen Verfassers wieder, dessen Hoffnungen auf ein schönes Leben ohne Freiheit nicht erfüllt werden können, und sein Erleben der Verlogenheit des Regimes.

Sehr bezeichnend hierfür ist die Erzählung «Sterne». Gemeint sind die Kreml-Sterne. Bukowskij berichtet, dass ihn seine Grossmutter sehr oft in den Park beim Kreml spazieren geführt habe und dabei erzählte, dass die Kreml-Sterne aus reinem Rubin bestehen und nachts von selbst leuchten. Als er schon älter war, ging er wieder

Die Kupfergrube «El Teniente», die grösste unterirdische Grube der Welt, die 1971 zirka 280 000 Tonnen Kupfererz ergeben sollte, wies in den ersten beiden Monaten des Jahres beispielsweise eine Verringerung von 40 Prozent in der Produktion auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Allende-Regierung anordnete, die Gehälter sämtlicher Techniker seien von nun an in chilenischen Pesos anstatt wie bis jetzt in Dollars auszu zahlen. Zuerst drohten die Techniker mit Streiks, zogen es später jedoch vor, das Land zu verlassen. Sie wurden durch unerfahrene Techniker ersetzt, die so wenig Kenntnisse besaßen, dass zwei der Riesenhochöfen, deren Anschaffungspreis je 30 Mio. Dollar beträgt, durchbrannten. Da diese Schmelzöfen erst in frühestens sechs Monaten ersetzt werden können, wird die Kupferproduktion dieser Grube im Vergleich zu 1970 dieses Jahr um mindestens 100 000 Tonnen sinken.

Der chilenische Präsident bezichtigte die USA, dass sie den nordamerikanischen Technikern nahegelegt hätten, Chile zu verlassen, um der chilenischen Kupferindustrie zu schaden, bis sich herausstellte, dass sämtliche 140 ausländische Techniker schon während Freis Amtsperiode von Chilenen ersetzt worden waren und dass es daher chilenische Staatsbürger waren, die vorzogen zu emigrieren.

Allende erklärte ferner, dass der chilenische Staat den gesamten Besitz des USA-Konzerns Bethlehem Steel erwerben würde, «um die

einmal durch diesen Garten, und da brachte man gerade auf einem Lastwagen einen neuen Stern heran. Und nun erfuhr der Junge, dass diese Sterne keineswegs aus Rubinen, sondern aus kommunem Glas sind, und dass ihr Licht von elektrischen Birnen kommt. Und ein paar Jahre darauf kam Bukowskij wieder im Kreml-Garten vorbei und hörte, wie eine Grossmutter ihrem Enkel von den Rubinsternen erzählte, worauf der kleine Junge, schon enttäuscht, berichtete: «Nein, sie sind aus Glas, mit einer Lampe innen dran. Ich weiss es.»

Ja — man weiss es. Die Täuschung ist der Ernüchterung gewichen. Die Kreml-Sterne sind unechte Rubine, wie denn die ganze Sowjetmacht nicht das ist, was sie zu sein vorgibt. Den Mann auf der Strasse kommt es hart an, dies anzunehmen. So sucht er Trost in einer anderen als der sowjetischen Wahrheit. Seine Miniatur «Das Menschlein» schliesst Bukowskijso: «Schau mich an, Menschlein! Sag mir etwas von Gott und von der Wahrheit. Das weisst du ja alles. Du hast bloss deine Weltanschauung verloren, irgendwo im Getriebe der Strasse.»

Bukowskij weiss, dass nicht die kommunisti-

Grundlage zur Schaffung eines staatlichen Schwerindustrie-Komplexes zu legen». Während auch in anderen Industrien die Verstaatlichungen weitergehen und sämtliche landwirtschaftlichen Besitze von mehr als 80 ha dem Staat übergeben werden müssen, wurde der Beschluss Allendes bekannt, die Nationalisierung der grossen Kupferbergwerke zu plebiszitieren, falls das Parlament darauf bestehe, die Abänderung der Verfassung — ohne die eine hundertprozentige Verstaatlichung der Erzproduktion nicht möglich ist — abzulehnen.

Wie eine Kettenreaktion hat die Politik der chilenischen Regierung Probleme ausgelöst, die sie zu lösen kaum imstande sein wird: Durch die obligaten Lohnerhöhungen mussten viele Unternehmer Konkurs anmelden, was die Arbeitslosigkeit erhöht hat. Die Arbeitslosen sollen von den neuerlich verstaatlichten Unternehmen absorbiert werden, was die Erzeugungskosten ungemein erhöhen wird. Durch erhöhte Kosten und sinkende Produktion werden die Exporte geringer werden, während die Bevölkerung gleichzeitig einen höheren Lebensstandard zu niedrigen Preisen fordert. Vor einem halben Jahrhundert exportierte Chile Nahrungsmittel im selben Wert, wie es sie importierte: der Dollarwert der Nahrungsmittelausfuhren hat bis heute nicht zugenommen, derjenige der Nahrungsmittelaufnahmen hat sich jedoch seitdem verdreifacht.

Die chaotische Wirtschaftslage in Chile wirkt natürlich anziehend für Berufsbetrüger. Vor kurzem wurde ein Riesenschwindel im Kupferhandel aufgedeckt, bei dem Allende sofort erklärte, es handle sich um einen Trick der nordamerikanischen CIA, um den Weltpreis für Kupfer zu senken und der chilenischen Regierung einen Prestigeverlust zu versetzen. Später stellte es sich jedoch heraus, dass es sich um die üblichen Betrüger handelte, die Beziehungen zu hohen Regierungsstellen, besonders im Bergwerk-Ministerium, unterhielten und dass diese hohe Prozente für die Schwindelgeschäfte ausgezahlt bekommen sollten. Im Siegesrausch der Bezirkswahlen, in denen Allendes Linkskoalition Unidad Popular fast 50 Prozent der Stimmen erhielt, hoffte der Präsident, dass dieser Skandal nicht weiter beachtet werde.

schen Behörden die Wahrheit verwalten, sondern Gott. Doch der Sowjetmensch hat es nicht leicht; er muss ja leben. Der Held von «Eine sinnlose Frage an den Arzt» wirft Licht auf diese Lage: «Ich habe einfach keine Kraft mehr, das auszuhalten. Zuerst versuchte ich, nicht darauf zu achten, aber das geht nicht. Wenn es nur hie und da wäre — aber es ist ja die ganze Zeit so. Wenn man wenigstens Atem holen könnte zwischenhinein... Ich kann nicht mit vollen Lungen Atem schöpfen, es hindert mich etwas, oder es ist nicht genug Luft da... Wenn es nur ab und zu leichter würde...»

Im Sowjetland ist tatsächlich die Luft knapp; ein ganzer Mensch kriegt nicht genug Luft in dem Riesengefängnis. Da hat der Arzt keine Medizin dagegen. Und deshalb schlägt Wladimir Bukowskij Alarm, lässt durch die freie Welt das Signal ertönen — wie sein «Glöckner»: «Unser neuer Glöckner probt seine Kräfte, sagte man ringsumher. Und das Läuten ist nicht mehr verstummt.»

Im Namen meines Freundes sei dieses Signal weitergegeben — was haben Sie Wichtigeres zu hören? ■

Chile hat nun diplomatische Beziehungen zu Kuba, China und Ostdeutschland sowie Handelsbeziehungen zu Nordvietnam und Nordkorea, abgesehen von dem Botschafteraustausch mit den osteuropäischen Ländern (ausser Albanien), der schon vorher bestand. Als neuen Botschafter nach Paris entsandte die chilenische Regierung den kommunistischen Dichter, Stalinpreisträger und zeitweiligen KP-Präsidentschaftskandidaten Pablo Neruda, der seinerzeit in Mexiko als chilenischer Konsul in das erste Attentat gegen Leon Trotzki verwickelt war und dem Attentäter Siqueiros einen falschen Pass verschaffte, woraufhin er aufgefordert wurde, Mexiko zu verlassen. Im Jahre 1951 war Neruda chilenischer Konsul in Frankreich, wurde aber wegen «politischer Betätigung» ausgewiesen.

Argentinien: Nichts mehr ohne die Peronisten

Auf der anderen Seite der Andenkette, in Argentinien, ist die politische Szene auch recht bewegt.

Der erst am 13. Juni 1970 von den Streitkräften als Präsident eingesetzte General Roberto Marcelo Levingston wurde von seinen ehemaligen Gönnern gestürzt, als er versuchte, selbständige Entschlüsse zu treffen. Das Präsidentenamt übernahm diesmal der Oberbefehlshaber der Armee, Generalleutnant Alejandro Augusto Lanusse, selbst, nachdem er schon lange im Hintergrund der Regierung stand und bei sämtlichen gewichtigen Entschlüssen das entscheidende Wort hatte. Die erste Absicht seiner Regierung, erklärte Lanusse, sei es, die politischen Parteien in Argentinien wieder zuzulassen, damit in spätestens drei Jahren Wahlen stattfinden können. Als Innenminister wurde Dr. Arturo Mor Roig, von der aufgelösten UCRP (Union Civica Radical del Pueblo), ernannt, der sofort begann, mit den Führern der verschiedenen politischen Bewegungen Besprechungen abzuhalten, während Lanusse selbst mit den — noch fast ausschliesslich peronistischen — Gewerkschaftsleitern der mächtigen argentinischen CGT verhandelte. Obwohl die politische Tätigkeit zugelassen wird, werden zunächst die politischen Parteien, die 1966 aufgelöst wurden, nicht offiziell anerkannt, da diese Frage erst in Zusammenhang mit dem Statut der politischen Parteien beschlossen werden kann. Die Parteien bestehen somit de facto, aber nicht de jure. Dennoch werden ihnen die Güter zurückerstattet, über die sie seit 1966 nicht mehr verfügten.

Was diese geplante politische Aktivität in Argentinien bringen wird, bleibt abzuwarten. Von Juni 1966 bis zum ersten «Cordobazo» im Mai 1969 beschränkt der damalige Präsident General Juan Carlos Onganía fast ausschliesslich den Weg der Entpolitisierung und der wirtschaftlichen Festigung des Landes, und dies mit Erfolg. Als er von diesem Weg abwich, weil er nicht glauben wollte, dass die im Mai 1969 in Argentinien (vor allem in Cordoba) vorgekommenen Unruhen auf Anstiftung professioneller Revolutionäre beruhten und gerade wegen der Erfolge des Präsidenten von den Aufständischen geplant waren, die ihre Felle davonschwimmen sahen, begann eine neue Etappe in Argentinien. Anstatt zu versuchen, die Macht der gewaltigen Gewerkschaftsorganisation CGT zu brechen, indem sie deren innere Spaltungen förderte, und anstatt den Peronismus durch indirekte Aktionen zu

schwächen, begann die argentinische Regierung, die Gewerkschaften zu stärken und den Peronismus wieder salonfähig machen zu wollen, eine Politik, die auch Ongánias Nachfolger, Levingston, weiter verfolgte, mit dem Ergebnis, dass heute die Reihen des Peronismus — sowohl gewerkschaftlich (CGT) als auch politisch — weit weniger Risse aufweisen als noch vor wenigen Jahren.

Dies bedeutet, dass die neue Regierung mit dem Peronismus verhandeln muss, wenn sie darauf besteht, sofort die Parteien ihre Arbeit aufnehmen zu lassen. Und da der Peronismus von Natur aus totalitär und antidemokratisch ist, ist es kaum denkbar, dass man auf diesem Wege zu einer wirklichen Demokratisierung Argentinien gelangen kann. Mit anderen Worten: Obgleich es paradox erscheint, so ist es nicht unmöglich, dass die offiziell wieder zugelassene parteipolitische Betätigung das Land eher völlig entdemokratisieren wird — denn Demokratie beruht ja



Salvador Allende, Präsident von Chile: Zauberer, Zauberlehrling oder Geist?

schliesslich nicht allein auf dem Abhalten von freien Wahlen (Hitler kam durch Wahlen an die Macht, ebenso Salvador Allende in Chile).

Was die Rolle des derzeitigen Präsidenten General Lanusse betrifft, so ist sie für viele Beobachter rätselhaft. Im allgemeinen wurde angenommen, dass der Oberbefehlshaber des Heeres seine Position hinter den Kulissen zu sehr schätzte, als dass er Wert darauf legte, das höchste Staatsamt selber auszuüben. Die Erklärung der Linken besagt, dass der General hofft, in drei Jahren als Kandidat für die Präsidentschaft aufzutreten und mit Hilfe des von ihm beherrschten Regierungsapparates legal gewählt zu werden. Dies würde bedeuten, dass nicht die verkündete Entpolitisierung des Militärs stattfinden wird, sondern genau das Gegenteil. Eines der von Expräsident Onganía angestrebten Ziele war, dass die Offiziere zu ausschliesslich militärischen Aufgaben zurückkehren (daher war auch sein erstes Kabinett ausschliesslich aus Zivilpersonen zusammengesetzt).

Von den Tupamaros zur Volksfront in Uruguay

Von besonderer Besorgnis für Argentinien, das eine 4000 km lange Grenze im Westen mit dem kommunistisch regierten Chile hat und im Nor-

den an das von einem linken Militärregime regierte Bolivien grenzt, sind die Ereignisse in Uruguay.

In diesem kleinen Land, das sich seit vielen Jahren durch seine freiheitliche und demokratische Regierungsform auszeichnet, sind nicht nur die extremistischen Stadtguerillas Tupamaros dabei, weiterhin Entführungen und ähnliche Taten durchzuführen, sondern es wurde auch eine sowjetisch inspirierte Volksfront gegründet, in der Hoffnung, das Beispiel Chiles in den Wahlen vom November dieses Jahres nachzuahmen. Die von der Kommunistischen Partei Uruguay ins Leben gerufene «Frente Amplio» (Breite Front) steht schon inmitten einer riesigen, mit sowjetischen Mitteln finanzierten Wahlkampagne, die sich die traditionellen Parteien, die von «Oligarchen» und den «ausbeuterischen Klassen» unterstützt werden (wie es nach dem Vokabular der Frente Amplio heisst), aus Mangel an Fonds noch nicht leisten können.

Bei der offiziellen Verkündung der Namen der Kandidaten der Breiten Front — zu der ausser der Kommunistischen Partei und einiger winziger Satellitengruppchen, der kleinen ultralinken Sozialistischen und der noch kleineren Trotzkiistischen Partei, auch die Christlich-Demokraten, zwei Sektoren der Colorado-Partei und einer der Blanco-Partei gehören — waren mehrere zehntausend Personen anwesend, teils aus Neugier, teils von der KP zusammengetrommelt und mit Omnibussen und Lastwagen aus allen Teilen Montevideos und in der Umgebung liegenden Städtchen zu dem Versammlungsplatz gebracht. Der Präsidentschaftskandidat dieser Front, Liber Seregni, ein General a. D., der schon seit einigen Jahren politische Ambitionen, verbunden mit starkem Linksdrall, zur Schau trägt, gab das Programm der Front bekannt: Verstaatlichung sämtlicher Banken, Nationalisierung der Handelsfirmen, weitgreifende Agrarreform und Amnestie für alle diejenigen Personen, die wegen «politischer» Delikte oder solcher, die aus politischen Gründen begangen wurden, im Gefängnis sitzen. Mit anderen Worten, er versprach die Freilassung der 150 oder 160 Tupamaros, die sich in Haft befinden, von denen einige wegen Mord, Raubüberfällen und ähnlicher schwerer Verbrechen verurteilt wurden. Allerdings kam dieses Amnestieversprechen nicht überraschend, nachdem die Tupamaros vor einigen Monaten öffentlich ihre Unterstützung der Frente Amplio kundgaben. Während die Frente Amplio sich als Schiedsrichter zwischen zwei «gewalttätigen Sektoren» — den Tupamaros und der Regierung Pacheco Arecos — aufspielt und versucht, die Wähler davon zu überzeugen, dass nur diese Front sowohl die Repression der Regierung als auch das, was sie die «Reaktion auf diese Repression» nennt, nämlich die Stadtguerillas, auszuschalten imstande ist, scheut sie sich nicht, die Unterstützung der mordenden und menschenraubenden Terroristen anzunehmen und ihnen als Gegenleistung die Freilassung ihrer Gefangenen im Falle eines Wahlsieges der Frente Amplio anzubieten.

Die nicht abbrechenden Terrorakte der Tupamaros (Entführung des Direktors des staatlichen Elektrizitätswerkes UTE und persönlichen Freundes des Präsidenten, Ulysses Pereira Reberbel, mittags auf der Hauptstrasse Montevideos; Vorlesen von Proklamationen in Fabriken, deren Angestellte mit Maschinenpistolen in

Schach gehalten werden; Raub, Diebstahl, Mordanschlag, Drohungen gegen Parlamentarier und Offiziere usw.) sowie der grosse Menschenauflauf bei der Verkündung der Kandidaten der Frente Amplio scheint die traditionellen Parteien aufgeschreckt und sie veranlasst zu haben, Mittel zu finden, um innerhalb der Möglichkeiten des komplexen uruguayischen Wahlgesetzes ihre Stimmen zusammenzuzählen und einen eventuellen Erfolg der Frente Amplio, sei es auch nur in der Stadtverwaltung von Montevideo, zu verhindern.

Als Kandidaten für den Posten des Bürgermeisters von Montevideo (die Hauptstadt, in der fast die Hälfte aller Uruguayer leben und wo die Stimmen der Kommunisten und ihrer Mitläufer prozentual fast doppelt so hoch sind wie im Inneren des Landes) und auch des Vizepräsidenten haben die Kommunisten zwei Aerzte ausgesucht, die zwar bekannt sind — der eine als Direktor der Universitätsklinik, der andere als früherer Dekan der Medizinischen Fakultät, Exrektor der Universität Montevideo und Frauenarzt —, aber weder politische Vergangenheit noch besonderen Ehrgeiz aufweisen, dagegen für die Kommunisten leichter kontrollierbar sind für den Fall, dass sie gewählt werden.

Unter anderem um zu verhindern, dass andere lateinamerikanische Länder auf die Idee kommen könnten, das chilenische Beispiel nachzuahmen, Ostdeutschland anzuerkennen und gleichzeitig diplomatische Beziehungen zu Bonn und Pankow zu unterhalten, bereiste der bundesrepublikanische Präsident Gustav Heinemann Venezuela, Kolumbien und Ecuador, während Aussenminister Scheel ausserdem noch Peru und Bolivien besuchte. In Kolumbien benutzten die Guerillas den Anlass, um vier deutsche und einen kolumbianischen Forstwirtschaftsexperten zu entführen; diesmal gelang es der Polizei, das Versteck der Guerillas aufzufindig zu machen, sie zu überrumpeln und festzunehmen und die Geiseln zu befreien. In Ecuador sah sich Präsident Velasco Ibarra kurz nach der Visite Heinemanns zwei Regierungskrisen innerhalb einer Woche gegenüber, die der fast 80jährige Präsident jedoch beilegen konnte, indem er den Verteidigungsminister, seinen Neffen Jorge Acosta Velasco, sowie einige andere hohe Offiziere entliess.

Bolivien: Der ewig bekannte Hintergrund zu einem sehr bekannten Attentat

In Bolivien, wo der westdeutsche Aussenminister Scheel erklärte, dass die lateinamerikanischen Kontakte zu Ostberlin zu nichts anderem dienten, als die gegenwärtigen Bonner Ostberlin-Verhandlungen zu stören (was die lateinamerikanischen Regierungen kaum interessieren dürfte), wurde ein Militärputsch vereitelt, der angeblich von den Oppositionsparteien Falange

Socialista Boliviana und Movimiento Nacionalista Revolucionario geplant worden war.

In Hamburg wurde unterdessen der bolivianische Generalkonsul, Oberst Roberto Quintanilla Pereira, von einer geheimnisvollen Dame, die ihn in seinem Büro aufsuchte, ermordet. Quintanilla war der «starke Mann des bolivianischen Geheimdienstes» gewesen; er soll die Schlüsselfigur in der Lösung mehrerer Verbrechen gewesen sein, darunter der Ermordung des Journalisten Jaime Otero Calderon, des Verlegers Alfredo Alexander und dessen Ehefrau sowie des Landarbeiterführers Jorge Solis Roman. Diese sollten von einem Waffenschmuggel in Höhe von 50 Millionen Dollar nach Israel, an dem angeblich massgebende Persönlichkeiten der bolivianischen Regierung einschliesslich der Präsidenten Barrientos und später Ovando beteiligt waren, gewusst haben, was der Grund für ihre Ermordung gewesen war, wie Quintanilla erfuhr und zu beweisen versuchte. Bevor ihm das gelang, wurde er jedoch von Präsident Ovando (der sich zurzeit in Spanien von einer chirurgischen Operation erholt und sich weigert, nach Bolivien zurückzukehren) nach Hamburg entsandt. Quintanilla hatte sich vorher voll und ganz der Aufgabe gewidmet, die revolutionären und linksgerichteten Bewegungen im Lande führerlos zu machen. An der Vernichtung der Guerillabande unter Leitung von «Che» Guevara hatte er hervorragenden Anteil; er befasste sich mit der Aufdeckung des «städtischen Verbindungsnetzes», das die Guerillas des «Che» unterstützen sollte, und beschleunigte damit das Scheitern dieser Gruppe. Der Nachfolger «Ches», «Inti» Peredo, fand den Tod in einer von Quintanilla geleiteten Aktion. Die bolivianischen Guerillas ELN hatten Quintanilla unzählige Male mit dem Tode gedroht; sie veröffentlichten in Bolivien eine Erklärung dahin gehend, dass sie nun das Todesurteil an Quintanilla vollstreckt hätten.

Um von all diesem Skandal abzulenken, tat die bolivianische Regierung, was in Lateinamerika Gewohnheit ist: Sie beschuldigte die USA, den Putsch durch ihre Botschaftsmitglieder in La Paz angeordnet zu haben, und liess die Wohnungen der Diplomaten polizeilich durchsuchen. Auf den offiziellen Protest Washingtons blieb dem Innenminister Gallardo schliesslich nichts anderes übrig, als sich öffentlich zu entschuldigen und zu erklären, dass die Hausdurchsuchungen «auf einem Irrtum» beruhten. Andererseits war die argentinische Regierung empört, als ihr Botschafter in La Paz dem bolivianischen Aussenminister die Entschuldigung seiner Regierung übermitteln wollte, weil die argentinische Polizei bolivianische Studenten und Professoren, die sich auf der Rückreise aus der Sowjetunion in Buenos Aires befanden, festnehmen und untersuchen liess — und sich einem Dutzend Journalisten, Fotografen und Fernsehkameralente gegen-

übersah, die jedes kleinste Detail der Entschuldigung beschrieben bzw. fotografierten und filmten.

Sowjetische Protektion über mexikanische Guerillas

Mitte März wurden in Mexiko 19 Stadtguerilleros von der Polizei gefasst. Der Staatsanwalt konnte eindeutig beweisen, dass die Verhafteten, die mehrere Monate, ja sogar Jahre mit Stipendien an der Patrice-Lumumba-Universität in Moskau studiert hatten, mit zum Teil in Ostberlin ausgestellten nordkoreanischen Pässen nach Nordkorea übersiedelt waren und in einem Lager in der Nähe der Hauptstadt Pjongjang sechs- bis zwölfmonatige Trainingskurse in Guerillatechnik absolviert hatten.

Dass die mexikanische Regierung daraufhin ihren Botschafter aus Moskau zurückrief und fünf sowjetische Diplomaten (und KGB-Agenten) auswies, ist eine logische Konsequenz des enthüllten Tatbestandes. Für Moskaus Geschäftsträger Dimitri Diakonow war es nicht das erstmal, dass er in flagranti als KGB-Agent ertappt wurde. Am 9. März 1959, als er formell den Posten des Ersten Sekretärs der Sowjetbotschaft in Buenos Aires innehatte, wurde er aus ähnlichen Gründen — zusammen mit drei anderen Funktionären — zur Persona non grata erklärt und kurzerhand ausgewiesen. Es kann auch kaum blosser Zufall sein, dass der derzeitige Sowjetbotschafter in Mexiko, Igor Kolossowski, bis Mitte 1970 mehrere Jahre lang in Montevideo als Botschafter fungierte, zu einem Zeitpunkt, als die Tupamarobewegung in Uruguay ihren berühmten Aufstieg erlebte. Die Anwesenheit Kolossowskis in Mexiko dürfte eines von mehreren Indizien sein, dass Mexiko als Terrain für blutige Guerillaaktionen in den nächsten Monaten auserkoren wurde.

Die Einschaltung Nordkoreas, eines sowjetischen Satellitenstaates, als Ausbildungsplatz für die Umsturzarmeen in Lateinamerika (in Nordkorea wurden in den letzten Jahren 1300 lateinamerikanische Guerilleros ausgebildet) straft die Beteuerungen der Sowjetunion Lügen, dass sie die friedliche Koexistenz mit allen Ländern der Welt wünsche, einschliesslich mit denen, die eine unterschiedliche gesellschaftliche Ordnung haben. Moskau benutzt seinen Vasallen als Handlanger, ohne selbst offen aufzutreten. Da Nordkorea bisher mit keinem lateinamerikanischen Land ausser Kuba diplomatische Beziehungen unterhielt, hat eine eventuelle Aufdeckung der Macheschaften Pjongjangs keine internationalen Konsequenzen. Die Sowjetunion dagegen hat in allen südamerikanischen Ländern ausser Paraguay Botschaften und unterhält seit 1924 eine diplomatische Vertretung in Mexiko, die älteste auf dem Kontinent. ■

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I. S. E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiero (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.